

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 108 (1975)
Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
108. Jahrgang. Bern, 7. Februar 1975

Organe de la Société des enseignants bernois
108^e année. Berne, 7 février 1975

Die Unhaltbarkeit des «neuen Begabungsbegriffes»

von Gerhart Wagner, Rektor des Realgymnasiums Bern-Neufeld

*

Am 27. Dezember 1974 hielt Dr. Gerhart Wagner anlässlich der Tagung der «Vereinigung ehemaliger Schüler der bernischen Staatsseminarien im deutschsprachigen Kantonsteil» einen Vortrag zum Thema Begabungsbegriff und Schulpolitik. Zwei Tage später brachte der «Bund» eine Kurzfassung seines Vortrages unter dem Titel «Falsches Herzstück der Schulreform». Wir ersuchten Dr. Wagner, uns seinen Vortrag zur Verfügung zu stellen. Er tut dies mit dem Hinweis, dass der Text, da er stark gekürzt werden musste, die spezifisch stadtbernerischen Teile (Bemerkungen betr. Gesamtschulversuch Manuel und Untergymnasium) nicht mehr enthalte; der Verfasser möchte das Schwergewicht auf das Grundsätzliche, die Kritik des «neuen Begabungsbegriffes» und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Schulpolitik, legen. H. A.

Einleitung

Der deutsche Pädagoge Heinrich Roth, Verfasser der «Anthropologischen Pädagogik», hat Ende der Fünfzigerjahre den Grundstein gelegt zu einem «neuen Begabungsbegriff». Nach diesem ist Begabung nicht mehr etwas Angeborenes, sondern etwas durch die Umwelt, durch die Erziehung erst zu Schaffendes. Damit wäre es die allererste Aufgabe der Schule, die Kinder zu begaben. In dem 1973 erschienenen Büchlein «Umwelt und Begabung» (herausgegeben von Skowronek im Klett-Verlag) schreibt Hartmut von Hentig, Heinrich Roth habe seine These als eine Kampfparole gedacht und mit seinem Schlag-Wort «die eingessene Ideologie von der angeborenen Begabung aus dem Felde geschlagen» (1. c. S. 162); und weiter: «Aber weil die Vorstellung geistiger Anlagen so fest in unsere Einrichtungen, Traditionen und Dogmen eingefasst war, gelang kein vernünftiger Übergang zu Roths Vorstellung, sondern – bei denen, die ihn vollzogen – geschah totaler, 200prozentiger Umschlag. Was als Kampfparole gedacht und mit Recht radikal formuliert war, das beginnt sich zu einer neuen Doktrin zu verfestigen.»

Das tönt wie eine späte, klagende Rechtfertigung jener Kampfparole Roths, durch die allerdings in den vergangenen 15 Jahren viel Porzellan zerschlagen worden ist und die besser unterblieben oder doch etwas vorsichtiger formuliert worden wäre. Es mag durchaus richtig sein, dass Heinrich Roth selbst kein extremer Verfechter seiner These ist. Aber man kann ihm den Vorwurf nicht ersparen, dass er sie doch als Flagge über den von ihm herausgegebenen Gutachtenband des Deutschen Bildungsrates «Begabung und Lernen» (Klett-Verlag, 1. Auflage 1968) gesetzt hat: Alle in diesem Band enthaltenen

Gutachten hatten dem «neuen Begabungsbegriff» zu dienen.

Es ist erstaunlich, wie erfolgreich das Segeln unter dieser neuen Flagge war. Verständlich ist es nur, weil der politisch gerade herrschende Kurs genau den richtigen Wind in die Segel gab.

Man muss sich jetzt vergegenwärtigen, was alles in den Sechzigerjahren in Bewegung kam. Von *Schulreform* hatte man schon immer gesprochen, sie war zu allen Zeiten ein berechtigtes Postulat. War es aber noch in den Fünfzigerjahren hierzulande fast unmöglich, auch nur bescheidenste Reformen zu verwirklichen, so wurde in den Sechzigerjahren der Boden hierfür allenthalben reif, und was nicht zu übersehen ist: es floss zugleich auch reichlich Geld. Diese Entwicklung hatte viel Gutes im Gefolge, aber sie zeitigte auch sehr gefährliche Erscheinungen gerade auf dem Gebiete der Schulpolitik.

In welcher Richtung sollte die Schule evoluierten? Selbstverständlich bedurfte die Schulreform einer *wissenschaftlichen Rechtfertigung*. Wissenschaft und Forschung sind ja vielleicht die einzigen Werte, die in den ideologischen Stürmen der Nachkriegszeit nicht unter die Räder gekommen, sondern im Gegenteil aufgewertet worden sind: Wissenschaft ist unpolitisch und damit unverdächtig. Indem man sich auf sie beruft, wird eine Bewegung überparteilich, objektiv. Dieser Vorteil ist so eminent, dass man sich seiner um jeden Preis versichern muss.

Als wissenschaftliche Basis bot sich nun eben der sogenannte «neue Begabungsbegriff» an. Eine Schulreform, die sich an ihm orientierte, musste logischerweise die Schule entdifferenzieren, jedes Klassen- und Elitedenken aufgeben, soziale Ungerechtigkeiten entfernen. Das Postulat hiess: gleiche Chance für alle, und der propagierte neue Schultyp wurde Gesamtschule getauft. Um 1970 sah es so aus, als ob dieser Schultyp ohne jeden Zweifel der richtige, der rettende, der unaufhaltsam kommende, und darum auch der anzustrebende sei. Der «neue Begabungsbegriff» wurde kurzerhand als das «Herz-

Inhalt – Sommaire

Die Unhaltbarkeit des «neuen Begabungsbegriffes»	41
Kurse Frühlingsferien 1975	43
Office jurassien de Jeunesse et Sport	45
Centre de perfectionnement du corps enseignant	45
Un problème-clef: la formation des enseignants	45
Les responsables des classes de perfectionnement du Jura échan- gent leurs expériences	46
Mitteilungen des Sekretariates	47
Communications du Secrétariat	47

stück der Schulreform» bezeichnet, als Leitstern, an dem man sich von jetzt an zu orientieren habe.

Wer sich aber die Mühe nahm, die wissenschaftlichen Grundlagen dieses «neuen Begabungsbegriffes» genauer zu studieren, der musste sich mehr und mehr verwunden über die Einseitigkeit, über die Oberflächlichkeit und krasse Unwissenschaftlichkeit, mit der da gewisse Befunde vorgetragen und interpretiert, andere, die nicht ins Bild passten, uminterpretiert oder negiert wurden. Da es biologische Gegebenheiten sind, die durch die neue Begabungstheorie mit Füßen getreten wurden, fühlte ich mich als Biologe verpflichtet, gewisse scheinbar völlig vergessene oder einfach totgeschwiegene Dinge wieder zu sagen und ihnen den Stellenwert, der ihnen zukommt, wieder zu geben, ohne damit irgendeinen wirklichen Befund der neuen erziehungswissenschaftlichen Disziplinen in seinem pädagogischen Wert herabzumindern.

Vieles, sehr vieles, das auch gesagt werden müsste, das auch ich weiss und das auch mir wichtig ist, kann ich nun allerdings in der Kürze der Zeit nicht sagen. Noch weniger kann ich solche Dinge sagen, die auch wichtig wären, die ich aber nicht weiss. Denn ich bin ja weder theoretischer Pädagoge noch Psychologe oder Soziologe. Es liegt auf der Hand, dass mir daran gelegen ist, vor allem diejenigen Dinge zu sagen, von denen ich als Biologe und als Lehrer meine, dass sie in den letzten Jahren nicht oder zu wenig gesagt worden sind, die aber doch wieder gesagt und gehört werden müssen.

Die Unwissenschaftlichkeit des «neuen Begabungsbegriffes»

Was echte Wissenschaft ist oder sein sollte, formuliert Bresch in seinem Buch «Klassische und molekulare Genetik» wie folgt: «Wissenschaft kann beschrieben werden als die Überwindung von Vorurteilen durch Experimente und Logik». – Dies schreibt ein Biologe – also ein Vertreter einer nicht exakten Naturwissenschaft, die sich ihrer Unexaktheit auch voll bewusst ist. Der Begriff Wissenschaftlichkeit ist keineswegs an den Begriff der Exaktheit gebunden. Wissenschaftlichkeit ist vielmehr eine Betrachtungsweise, eine Haltung, eine Diszipliniertheit, die auf jedem Erkenntnisgebiet geübt werden kann. Man braucht daher nicht unbedingt Psychologe oder Soziologe zu sein, um die Diskussionen um den «neuen Begabungsbegriff» auf ihre Wissenschaftlichkeit hin zu prüfen.

Da bleibt einem Biologen zunächst einmal die Spucke weg, wenn er bei Peter Berger, Professor für Soziologie an einer amerikanischen Universität, in seinem Buch «Einladung zur Soziologie» (List Taschenbücher Nr. 372, 1971) auf Seite 178 den Satz liest: «Die Soziologie hat sich seit ihren Anfängen als exakte Wissenschaft verstanden». Eine solche Aussage fordert zu einer wissenschaftlichen Prüfung der soziologischen Begriffe geradezu heraus.

Es ist leicht zu zeigen, dass dem «neuen Begabungsbegriff» allzu oft geradezu exemplarisch unwissenschaftliche Verhaltensweisen zu Gevatter standen. Ich möchte fünf solche Verhaltensweisen nennen, die alle in der Literatur um den «neuen Begabungsbegriff» vielfach nachweisbar sind:

1. Der Forschung geht ein Denkschema, eine Ideologie voraus. Ihr hat die Wissenschaft zu dienen. Wo sie es nicht tut, da macht sich die Wissenschaft verdächtig, nicht die Ideologie.

Dieses Grundübel, dieser Erzfeind aller Wissenschaftlichkeit, hat notwendigerweise weitere unwissenschaftliche Verhaltensweisen im Gefolge.

2. Man gibt Teilerkenntnisse für die ganze Erkenntnis aus, statt ihnen ihren gebührenden Platz im Gesamtbild zuzuweisen.
3. Man wählt aus verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten eines Befundes die ins Denkschema passende aus und dispensiert sich davon, allfällige andere Interpretationsmöglichkeiten auch nur zu erwägen.
4. Man ignoriert die Aussage, ja die Existenz von Nachbarwissenschaften, wenn diese nicht ins Denkschema passen.
5. «Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt» – oder der Zweck heiligt die Mittel.

1. Die Wissenschaft als Dienerin der Ideologie

Dies ist der bedenklichste Absturz, den die Wissenschaft erleiden kann. Sie hat sich solche Vergewaltigung in der Geschichte immer dann gefallen lassen müssen, wenn entweder ihre Aussagen einem Dogma widersprachen – oder wenn man ihre Aussagen einem Dogma nutzbar machen wollte. Ich rufe Ihnen hier nochmals den bereits zitierten Satz des Genetikers Bresch in Erinnerung und lese dann weiter:

«Wissenschaft kann beschrieben werden als die Überwindung von Vorurteilen durch Experiment und Logik. Das Vorurteil ist der stärkste Hemmschuh wissenschaftlicher Entwicklung. Ein solches Hemmnis wirkt sich besonders auf Gebieten aus, die in soziologische und damit politische Bereiche übergreifen. Die Geschichte der Genetik zeigt Beispiele dieser Erfahrung. Sie beginnt mit dem Widerstand der Kirchen gegen die Idee der Evolution und reicht bis zur paradoxen Situation, dass in der stalinistischen Ära in der Sowjetunion eine – wie sie sich selbst bezeichnet – materialistische Philosophie die evidente Kontrolle biologischer Merkmale durch molekulare, d. h. in Materie niedergelegte Information leugnete.»

In der Nazizeit wurde die Genetik so um- und überinterpretiert, dass sie dem Rassismus diene, ja sie wurde zur Legitimierung von Verbrechen missbraucht. Sie sollte den grösseren oder kleineren Wert von Menschen und von Menschenrassen beweisen. Das ist schon deshalb unmöglich, weil Wissenschaft niemals Werte, sondern Erkenntnisse sucht. Ein Wert, ein Ethos liegt aber in dem Postulat wissenschaftlichen Denkens. Seine Richtschnur sind Objektivität und Wahrheit. Ideologie, Glaube, Dogma haben da nicht mitzureden.

Nun teilt aber Professor Heinrich Roth, der Vater des «neuen Begabungsbegriffes», in der Einleitung des genannten Gutachtenbandes «Begabung und Lernen» auf Seite 21 mit, dass das nachfolgende einführende Gutachten von Günther Mühle die Aufgabe habe, «an die bestehende Tradition des Begabungsbegriffes anzuknüpfen, sie ideologiekritisch zu durchleuchten (!), um dadurch das Verständnis der nachfolgenden Gutachten vorzubereiten». War Prof. Roths ursprünglicher Gedanke ganz sicher nicht extrem und durchaus nicht unwissenschaftlich gedacht, so beweist doch dieser erschütternde Satz, wie gefährlich er war: So gefährlich, dass H. Roth selbst, wohl unter dem Eindruck seines gewaltigen Erfolges, zuletzt dem Gedanken, der Arbeitshypothese,

die inzwischen zu einer Ideologie geworden war, die Priorität einräumte.

Es gibt in diesem Bande noch erstaunlichere Stellen. So bezeichnet Rudolf Bergius auf Seite 263 in der «abschliessenden Feststellung» des Gutachtens «Analyse der Begabung» den älteren Begabungsbegriff, in welchem die genetische Komponente einen hohen Stellenwert einnahm, in einem Nebensatz als die «vorwissenschaftliche Begabungsideologie»! Ganz unverfroren wird da also die Geburt der Wissenschaft mit der Geburt der Milieutheorie gleichgesetzt und alles frühere als Ideologie abgetan!

Dabei kann man der Aussage des Hauptsatzes dieser «abschliessenden Feststellung» durchaus zustimmen. Der ganze Satz lautet folgendermassen: «Das intelligente Verhalten kann durch Lernprognose und durch Kontrolle der Problemgebung erheblich mehr beeinflusst werden, als nach der vorwissenschaftlichen Begabungsideologie angenommen wird.» «Erheblich mehr beeinflusst werden» – das ist wohl ungefähr der ursprüngliche und vernünftige Gedanke von Heinrich Roth. Warum hatte es dieser Gedanke eigentlich nötig, sich derart zu verabsolutieren, dass er die ganze ältere und neuere Humangenetik zu einer *quantité négligeable*, ja zu einer Ideologie degradieren zu müssen glaubte?

(Fortsetzung folgt)

Kurse Frühlingsferien 1975



Gruppendynamisches Seminar

Leiterteam

Dr. René Riesen, Soziologe, St. Stephan (Dr. Riesen war lange Zeit als Primarlehrer tätig)
Martin Buchmann, Sozialarbeiter, Steffisburg
Jürg Krebs, Sozialarbeiter, Horboden

Zeit und Ort

Osterdienstag, 1. April, bis Freitag, 4. April 1975
Beginn: 09.00 Uhr; Schluss: 17.00 Uhr
Reformierte Heimstätte Gwatt, Seehaus

Ziel, Teilthemen, Arbeitsform

Das Gruppendynamische Seminar will auf Aspekte des zwischenmenschlichen Geschehens sensibilisieren, insbesondere auch auf das Gruppengeschehen, Kollegien, Lehrer und Eltern, usw.). Zentralkern dieses Seminars ist die Gruppe, nicht der Einzelne (also nicht Sensitivity-Training).

Kräfte, die das Gruppengeschehen beeinflussen
Wechselbeziehungen des Einflusses Gruppe-Einzeller
Gruppenstruktur und ihre Bedeutung
Auseinandersetzungen um die Gruppenführung
Phasen der Gruppenentwicklung
Zusammenhang Gruppenklima und Gruppenleistung
u. a. m.

Das Lernen geschieht nur in geringem Mass durch Wissensvermittlung, sondern im Lernen durch Erfahrung in einer Gruppe (höchstens 12 Gruppenmitglieder unter Leitung einer Fachkraft)

Kosten

für bernische Lehrer: Fr. 245.- inkl. Unterkunft und Verpflegung (Zuschlag für Einzelzimmer! Zahl Einzelzimmer begrenzt)

Anmeldungen, Auskünfte

Kurssekretariat BLV, H. Riesen, 3137 Gurzelen, Tel. 033 45 19 16, Anmeldungen bis 15. März 1975; frühzeitigere Anmeldung erwünscht. Teilnehmerzahl begrenzt!



Schule und Massenmedien

Kursleiter

Urs Jaeggi, Redaktor ZOOM, Bern

Pfr. H.-D. Leuenberger } Beauftragte für Film und Fernsehen der Vereinigung
Pfr. D. Rindlisbacher } «Kirchliche Medienarbeit»
Bern

Heinz Stuker, Gewerbelehrer, Langenthal

Referent

Roland Jeanneret, Bern

Zeit und Ort

Osterdienstag bis Freitag, 1. bis 4. April 1975, je 08.30 bis 17.00 Uhr, Zentrum Bürenpark, Bürenstrasse 8, Bern

Ziel und Inhalte

Medienverständnis als Grundlage für Medienunterricht:
Erarbeiten von Grundkenntnissen über die Elemente der Medien, insbesondere von Film und Fernsehen
Von der Stellung der Medien in der Gesellschaft und ihre Rolle als Träger von Information und Unterhaltung
Diskussion über die Wirkung der Medien, besonders auf das Kind

Teilthemen

Grundbegriffe der Film- und Fernsehkunde
TV und Film kritisch anschauen und analysieren
Die Machbarkeit von Film und Fernsehen
Probleme der Information
Fragen der Manipulation, u. a. m.

Arbeitsform

Grundinformation im Plenum; Bearbeitungen in geleiteten Gruppen mit starker Mitarbeit der Teilnehmer

Kosten

Fr. 15.- pro Teilnehmer im Maximum für Dokumentation und andere ungedeckte Kosten

Kursträger

PK der Sektion Bern-Stadt BLV und Kurssekretariat BLV

Anmeldungen

bis spätestens 15. März 1975 an Siegfried Merz, Chutzenstrasse 5, 3073 Gümligen, Tel. 031 52 31 35. Teilnehmerzahl begrenzt, frühzeitigere Anmeldung erwünscht!



Englisch-Intensivkurs

Leiter

Dr. J. McHale, Lektor Universität Bern, Burgdorf
J. P. O'Neill, Gymnasiallehrer, Solothurn

Dr. M. Münger, Technikumslehrer, Burgdorf

Gruppentutoren: englischmuttersprachige Damen und Herren

Zeit und Ort

Osterdienstag, 1. April bis Freitag, 4. April 1975, je 09.00 bis 17.00 Uhr (mit gemeinsamem Mittagessen)
Technikum Burgdorf

Ziel

Intensive Schulung der englischen Sprache unter Berücksichtigung von Einzelbedürfnissen soweit möglich

Kursarbeit

Erarbeitungen: Aussprache und Intonation, Grammatik, Umgangsendenglisch, Diktate, Übersetzungen, stilistische Übungen (Labor und Klassenzimmer); Aufteilung in zwei Leistungsklassen für die Übungen, zusätzliche möglichste Individualisierung

Kurzreferate: Einblicke in die englische Kultur
Sprachtrainings-Diskussionen in tutorgeführten Kleingruppen
Einzelbesprechungen über individuelle sprachliche Schwierigkeiten

Anmerkungen

Der Kurs richtet sich an Englisch-Lehrkräfte mit recht guten Vorkenntnissen.

Angemeldete erhalten rechtzeitig Detailunterlagen und Testbogen (Einteilung in die beiden Leistungsgruppen).

Für die Sommerferien 1975 werden 2 Englandsprachaufenthalte ausgeschrieben: 7. 7.-2. 8. im London Forest Hill für Teilnehmer mit mittleren Vorkenntnissen, 13. 7.-2. 8. in Edinburg für Teilnehmer mit guten Vorkenntnissen). Der Burgdorfer-Kurs könnte als gutes Vortraining dienen. Details über die Sprachaufenthalte sind bei der Anmeldestelle erhältlich.

Kosten

max. Fr. 30.- pro Teilnehmer für ungedeckte Kosten.
Gemeinsames Mittagessen: Kosten zu Lasten Teilnehmer.

Anmeldungen

möglichst frühzeitig, spätestens bis 10. März 1975 an das Kurssekretariat BLV, H. Riesen, 3137 Gurzelen, Tel. 033 45 19 16. Teilnehmerzahl begrenzt!



Kurse für Junglehrerinnen und Junglehrer

Leiter

für beide Kurse ein Gruppenleiterteam amtierender Lehrerinnen und Lehrer mit ähnlichen Stufenverhältnissen wie die Teilnehmer; Beizug von Fachreferenten

Zeiten und Ort

Kurs A: Palmmontag bis Gründonnerstag, 24. bis 27. März 1975

Beginn 09.00 Uhr; Schluss 16.00 Uhr
Reformierte Heimstätte Gwatt, Landhaus

Kurs B: Osterdienstag bis Freitag, 1. bis 4. April 1975,
Beginn 09.00 Uhr; Schluss: 16.00 Uhr
Reformierte Heimstätte Gwatt, Waldhaus

Ziel, Teilthemen, Arbeitsform

Die Kurse möchten den Teilnehmern Hilfe und Anregung für den Schulalltag geben.

Das Detailprogramm wird gestützt auf eine Umfrage zur Zeit zusammengestellt und umfasst u. a. folgende Themenkreise:

Erarbeitungen in Fragen der praktischen Schularbeit wie Stoffauswahl, Unterrichtsdokumentation, Vorbereitung und Überprüfung;

Heilpädagogische Probleme in der Normalklasse;

Fragen des Verhältnisses Lehrer – Schüler, Lehrer – Eltern / Öffentlichkeit;

Stille Beschäftigung, Aufgaben, Kontrolle;

Probleme einzelner Schulfächer u. a. m.

Orientierungen im Plenum über allgemein interessierende Fragen;

Arbeit in Gruppen in einigen vorgegebenen Themenkreisen und vorallem über Fragen, die sich frei nach den Bedürfnissen der einzelnen Gruppen richten;

Austausch der Gruppenresultate.

Gruppenform: 5–8 Gruppenmitglieder, in der Regel gebildet nach Unterrichtsstufen, geleitet von einer amtierenden Lehrkraft

Unterkunft, Verpflegung, Kosten

Unterkunft in Mehrbettzimmern im Kurshaus der Reformierten Heimstätte

Gemeinsame Verpflegung (Mithilfe der Teilnehmer bei Decken, Service, Abwaschen)

Kursbeitrag für ungedeckte Kosten pro Teilnehmer Fr. 30.-

Anmeldungen

möglichst frühzeitig, spätestens bis 10. März 1975 an das Kurssekretariat BLV, H. Riesen, 3137 Gurzelen, Tel. 033 45 19 16. Teilnehmerzahl begrenzt. Angeben ob Kurs A oder B!



Grundkurs für Metallbearbeitung

Orientierung

In den Sommerferien, 7. Juli bis 1. August 1975, führt der Bernische Verein Handarbeit und Schulreform bei genügender Beteiligung in Biel einen Grundkurs Metallbearbeitung durch. Für Interessenten, denen aus zeitlichen Gründen – z. B. RS – die Teilnahme an diesem Kurs nicht möglich ist, besteht folgende Ausweichmöglichkeit:

Grundkurs für Metallbearbeitung

1. bis 11. April und 7. bis 19. Juli 1975

Lehrwerkstatt der von Roll'schen Eisenwerke, Gerlafingen

Kursleiter: Manfred Auer, Grenchen

Anmeldungen möglichst umgehend an das Büro für Lehrerfortbildung, Westbahnhofstrasse 12, 4500 Solothurn.

Die gleiche Stelle nimmt auch Interessensmeldungen für einen *Schmiedekurs* im Spätherbst 1975, 10 Spätnachmittage zu 3 Stunden, in den von Roll'schen Eisenwerken, Gerlafingen, entgegen. Kursleiter: Hans Matt. Voraussetzung: Metall-Grundkurs.



Frühlingskurse der Volkshochschule Bern im Schloss Münchenwiler

Vogelkunde (Kurs Mü 1)

Leiter: R. Hauri, Längenbühl, und E. Zbären,
St. Stephan

Zeit: 7. April, 11 Uhr, bis 12. April 1975, 13 Uhr

Kosten: Fr. 296.- (Pension Fr. 186.-, Kurs Fr. 110.-)
plus Exkursionskosten

Im Banne der Urgeschichte (Kurs Mü 2)

Leiter: Prof. Dr. H.-G. Bandi, Bern
W. Jahn, Bern

Zeit: 7. April, 11 Uhr, bis 12. April 1975, 13 Uhr

Kosten: Fr. 296.- (Pension Fr. 186.-, Kurs Fr. 110.-)
*Sing- und Spielwoche: Musikerziehung, Singleitung, Schul-
orchester* (Kurs Mü 3)

Leiter: Josef Graf, Solothurn (Singen und Spielen)
Toni Muhmenthaler, Wohlen BE (Singleitung,
Orchester)
Hans Zihlmann, Hitzkirch (Gastdozent Musik
und Bewegung)

Zeit: 13. April, 18 Uhr, bis 19. April 1975, 13 Uhr

Kosten: Fr. 348.- (Pension Fr. 198.-, Kurs Fr. 150.-)

Detailauskünfte, Anmeldung

Volkshochschule Bern, Sekretariat, Bollwerk 15,
3001 Bern, Tel. 031 22 41 92

Anmeldungen für alle Kurse bis 7. März 1975

Es besteht die Möglichkeit, dass für einige Kurse die ED
die Kurskosten für teilnehmende Lehrer übernimmt.
Ein diesbezüglicher Entscheid wird im Amtlichen Schul-
blatt publiziert werden. Die Pensionskosten gehen jeden-
falls zulasten des Teilnehmers.

L'Ecole bernoise

Office jurassien de Jeunesse et Sport

Les cours suivants, deux de formation de moniteurs J+S,
catégorie 1, et un d'excursion à ski en haute montagne,
sont prévus prochainement au programme des cours
qu'organise l'Office de Jeunesse et Sport jurassien.

1. *Cours cantonal de formation de moniteurs de ski (J+S cat. 1)*

Lieu du cours: Les Crosets/Val d'Illiez. Date: du 24
au 28 mars 1975.

But: formation de moniteurs 1 branche ski. La
participation au cours est gratuite. Les participants
touchent en plus la caisse de compensation pour
perte de salaire.

Conditions d'admission: 18 ans révolus - maîtrise du
virage parallèle.

Inscriptions: jusqu'au 1^{er} mars 1975 à l'Office
jurassien J+S à Saint-Imier.

2. *Cours cantonal de formation de moniteurs J+S cat. 1
d'excursion et plein air*

Lieu du cours: dans le Jura. Date: du 28 avril au
3 mai 1975.

But: formation de moniteurs 1 branche excursion et
plein air.

Inscriptions: jusqu'au 1^{er} mars 1975 à l'Office
jurassien J+S à Saint-Imier.

3. *Cours d'excursion à ski en haute montagne à l'intention des
jeunes du Jura*

Lieu du cours: Schwarenbach/Kandersteg. Date: du
31 mars au 5 avril 1975.

Direction: M. Jean-René Affolter, guide HM de
Moutier, assisté d'autres guides HM.

Participants: garçons et filles en âge J+S domiciliés
dans le Jura ou à Bienne.

Finance d'inscription: Fr. 82.- + participation au
billet collectif.

Matériel: un équipement complet pour le ski de haute
montagne peut être mis à disposition par l'Office
J+S.

Inscriptions: à l'Office jurassien J+S à Saint-Imier
jusqu'au 1^{er} mars 1975 au plus tard.

*Office jurassien Jeunesse et sport
Saint-Imier*

Centre de perfectionnement du corps enseignant

*Cours 2.4.2. Education physique aux jeunes filles «Certificat
cantonal» + enseignants G. F. du III^e degré*

Ce cours est obligatoire pour les maîtresses enfantines,
maîtresses d'ouvrages et maîtresses ménagères, titulaires
du «Certificat cantonal» qui n'ont pas encore rempli les
conditions requises.

Il est facultatif, mais recommandé aux enseignant(e)s en
G. F. du III^e degré qui désirent se perfectionner dans
cette discipline.

Le directeur du
Centre de perfectionnement
W. Jeanneret

Un problème-clef: la formation des enseignants

Préparer les jeunes à maîtriser les exigences du monde de
demain, dans un temps instable comme le nôtre, voilà
une tâche qui donne à la fonction de l'enseignant une
importance particulière, et qui exige toujours plus de lui.
La question se pose: sa formation est-elle suffisante?
Dans le canton de Berne, nous devons répondre: non.

Ces dernières années, la plupart des professions se sont
modifiées; on donne plus d'importance à la formation
scolaire et les temps d'apprentissage ont été prolongés.
Mais pour les maîtres primaires bernois, ce temps est
resté le même depuis presque cent ans, bien que l'école
n'ait pas été épargnée par les changements de cette
seconde moitié du siècle, et que le nombre de tâches qui
lui sont confiées ne cesse d'augmenter. Les études des
maîtres primaires, fixées à quatre ans depuis 1890, ne
suffisent plus à assurer la formation en vue des exigences
d'aujourd'hui. Il est manifeste que *la formation des
enseignants est devenue un problème-clef parmi ceux qui
intéressent l'école.*

L'insuffisance de la formation actuelle a enlevé à la
profession une part d'attractivité et de considération. On
peut penser que cela ne nuit pas aux enseignants. Mais
cela peut nuire à l'école et aux élèves. Si de bons maîtres
ont pu être formés malgré un temps d'études trop court,

grâce à leurs efforts personnels et à ceux de leurs professeurs, il n'en reste pas moins vrai que le manque d'attractivité de la profession en détournera bon nombre de jeunes capables.

Qu'en pensent les maîtres eux-mêmes? Jeunes et moins jeunes, s'exprimant lors de cours de perfectionnement ou autres manifestations, ont souvent exprimé deux regrets: une *formation générale insuffisante* et une *formation professionnelle imparfaite*. Cette critique est confirmée par les faits: les universités ne reconnaissent plus le brevet de maître primaire pour l'immatriculation. Les études dans les écoles normales deviennent en quelque sorte une impasse. Et comment pourrait-on exiger, en quatre années d'études, une formation générale équivalente à celle des autres écoles moyennes, et une formation professionnelle solide?

Une réforme doit donc tenir compte des deux facteurs:

1. *Améliorer la formation générale*
2. *Développer la formation professionnelle*

Il faut premièrement arriver à l'équivalence entre la formation générale des instituteurs et les études au gymnase. Ose-t-on encore accorder aux enseignants un bagage inférieur à celui offert aux élèves, toujours plus nombreux, d'autres écoles moyennes? Chaque étudiant à l'école normale doit pouvoir choisir une formation ultérieure à l'université, s'il le désire. Il est faux de craindre que cette possibilité enlève au corps enseignant un trop grand nombre d'éléments: les études améliorées à l'école normale attireront davantage de jeunes doués, et l'équivalence facilitera aux gymnasiens l'orientation vers l'enseignement. Le choix définitif de la profession pourrait ainsi être retardé et mieux réfléchi, ce qui est un net avantage pour tous: futur maître et élèves!

Cette première exigence une fois satisfaite servira de base solide à la deuxième: l'amélioration de la formation professionnelle. La didactique, qui a depuis longtemps dépassé le stade de «recettes» données, puisera sa substance dans la formation générale approfondie. La formation pratique doit être développée et permettre aux futurs enseignants: de répondre aux exigences, toujours plus nombreuses, de comprendre mieux leur profession, d'établir une relation étroite entre les théories pédagogiques et les situations rencontrées en classe. Elle doit apporter d'une part une meilleure intelligence des processus d'enseignement et d'apprentissage et offrir d'autre part à l'étudiant un exercice approprié.

Que signifie tout cela pour les écoles normales de notre canton? – Le développement de la formation générale, comprenant, dans sa dernière partie, un premier contact avec l'enseignement: *cette première phase des études devrait être de quatre ans.* – La deuxième phase (formation professionnelle complétée par l'étude de quelques branches, en particulier artistiques) *devrait durer deux ans.* La formation du maître primaire serait ainsi portée à six ans. (L'école de recrue peut être englobée dans ce schéma de formation.) Une prolongation transitoire des études à cinq ans peut être envisagée.

La Commission d'experts chargée par la Confédération suisse des directeurs d'instruction publique d'étudier le problème de la formation des enseignants demande la même réforme. La plupart des cantons ont soit déjà introduit semblable système, soit étudié sérieusement son application. Vaud, Thurgovie et Berne sont les seuls à former encore leurs maîtres en quatre ans. L'«école romande» demandera en particulier pour le Jura un

alignement également dans le domaine de la formation des enseignants. (Neuchâtel et Genève font déjà actuellement passer leurs maîtres primaires par la maturité, que Genève fait suivre de trois ans de formation professionnelle.)

La nécessité d'une prolongation des études est déjà ressentie dans le canton de Berne depuis 1934. La crise économique des années 30, puis la guerre de 1939–1945, enfin la pénurie d'enseignants de ces dernières années, en ont jusqu'ici empêché la réalisation. Mais aujourd'hui le nombre des élèves a tendance à diminuer et les enseignants sont assez nombreux, dans tout le canton, depuis cette année. *Le moment est donc particulièrement favorable pour entreprendre une réforme sérieuse.*

St. Albisser

(Adaptation française: Paul Schöni)

Les responsables des classes de perfectionnement du Jura échangent leurs expériences...

Au début du mois de janvier, la SPJ a pris l'initiative de réunir à Moutier les responsables de classes d'enseignement post scolaire du Jura (classes de perfectionnement) soit MM. Jacques Paroz, responsable de la classe de perfectionnement de Saint-Imier, Claude Gassmann, directeur de l'Ecole régionale de formation féminine de Tavannes, et Henri Gorgé, directeur de l'Ecole jurassienne de culture générale de Moutier. Assistaient également à la séance MM. Poirier, directeur de l'Office d'orientation scolaire et professionnelle du Jura-Nord et président de la commission d'étude mise sur pied par la Municipalité de Porrentruy pour étudier l'éventuelle création d'une classe de perfectionnement en Ajoie, Paul Sanglard, membre de la même commission et du Comité SPJ, MM. A. Berberat et J.-A. Tschoumy, directeurs des Ecoles normales de Porrentruy et Delémont, et Paul Simon, secrétaire de la SPJ. Les responsables des trois classes récemment créées dans le Jura présentèrent leur institution en insistant sur son but et son plan d'études. M. Berberat évoqua, de son côté, le rôle joué depuis dix ans par la classe de raccordement de l'EN de Porrentruy.

Le problème de l'Ajoie

Depuis quelques années, un certain nombre d'adolescents qui quittent les différentes classes primaires d'Ajoie et qui désirent se perfectionner avant de commencer une formation ne trouvent aucune structure d'accueil susceptible de parfaire d'une façon satisfaisante leur formation antérieure. La possibilité de rendre la classe de raccordement de l'EN de Porrentruy polyvalente, de telle sorte qu'elle puisse accueillir ces jeunes gens qui ont choisi une profession autre que celle d'enseignant, a dû être abandonnée. La DIP, en effet, a catégoriquement refusé de subventionner une classe de raccordement qui aurait une autre fonction que celle de préparer des jeunes gens à l'examen d'entrée à l'EN. On peut tirer une première conclusion de cette prise de position des autorités cantonales: la création d'une classe de perfectionnement à Porrentruy dépend en premier lieu de la situation financière de la ville. Les classes de raccordement sont rattachées à l'EN et sont donc prises en charge totalement par l'Etat. Par contre, les classes de perfectionnement sont financées de différentes façons, selon les formations vers

lesquelles elles conduisent. C'est ainsi qu'interviennent dans le subventionnement soit la Direction de l'hygiène publique, soit celle de l'Economie publique, soit celle de l'Instruction publique. Comme actuellement les finances de la commune de Porrentruy ne permettent pas l'ouverture prochaine d'une classe de perfectionnement dans le chef-lieu ajolot, l'horizon se trouve bouché du côté de la commune.

Une deuxième classe de raccordement, pour jeunes filles cette fois
Parallèlement aux efforts des responsables bruntrutains qui n'ont malheureusement pour le moment pas pu être concrétisés, il convient de signaler les démarches entreprises par la direction de l'EN de Delémont et qui ont comme but de créer pour cet automne déjà une classe de raccordement dans l'établissement delémontain. Une telle classe ne saurait nuire à celle déjà existante de Porrentruy. Son but, en effet, est complémentaire, voire différent. La classe envisagée à Delémont devrait permettre aux jeunes filles de l'école primaire d'être mieux préparées aux examens d'entrée de l'EN (formation d'institutrice) et donner aux jeunes filles de 9^e année qui désirent devenir jardinières d'enfants ou maîtresses d'ouvrages la

possibilité de parfaire leur formation en vue d'être mieux à même de surmonter les difficultés des examens d'entrée. Néanmoins l'ouverture d'une telle classe à Delémont ne résout pas le problème ajolot. L'affaire ne pourra donc trouver une solution satisfaisante qu'au moment où les communes concernées disposeront de moyens financiers plus importants ou alors lorsque l'Etat reverra ses principes de subventionnement.

Une planification à l'échelle du Jura est désormais indispensable
Si concrètement la situation n'a pas évolué au terme de la réunion de Moutier, cette séance a tout de même permis un échange de vues positif et intéressant au niveau des premières expériences vécues dans les classes existantes de Saint-Imier, Tavannes et Moutier.

Les participants ont pu se rendre compte des efforts qu'il reste à accomplir pour arriver à créer, d'une façon coordonnée et planifiée, des structures d'accueil dans le Jura, afin que tous les adolescents qui, au terme de leur scolarité obligatoire, souhaitent mûrir leur formation, puissent accomplir, dans les meilleures conditions possibles, une dixième année scolaire.

P. Simon

Mitteilungen des Sekretariates

Parlamentarische Eingänge

für die Februarsession des Grossen Rates
(Numerierung nach offizieller Liste)

Die Antwort des Regierungsrates ist z. T. schriftlich erteilt worden und kann, solange Vorrat, bei der Staatskanzlei bezogen werden. Die Stellungnahme des Grossen Rates kann in der Tagespresse in den Berichten über die Session und im Sammelbericht eines Lehrergrossrates im Berner Schulblatt nachgelesen werden.

Am Schluss des Textes geben wir jeweils die Kurzanwort des Regierungsrates bekannt, soweit bekannt.

Sekretariat BLV

Motionen

11. Zürcher und 34 Mitunterzeichner namens der sozialdemokratischen Fraktion vom 11. 2. 1974
(Erziehung)

Dekret über die Schulhausbau-Subventionen

Der Regierungsrat wird beauftragt, bis zum Ablauf der gegenwärtigen Einreichungsperiode (31. März 1976) ein neues Dekret über die Schulhausbau-Subventionen zu unterbreiten. Dabei ist die Angleichung der Ansätze der Primar- und Sekundarschulen vorzusehen.

RR: *Annahme als Postulat*

12. Kipfer und 39 Mitunterzeichner vom 4. 9. 1974
(Erziehung)

Heilpädagogische Behandlung

... Für die Behandlung von Kindern der Kindergartenklassen (Sprachheilbehandlung vor dem Schuleintritt) und von Schülern der Mittelschulen (Sprachheilbehandlung, Haltungsturnen, Legasthenieunterricht) fehlen heute die gesetzlichen Grundlagen.

Der Regierungsrat wird aufgefordert, den im Dekret über besondere Klassen den Primarschülern zugestan-

Communications du Secrétariat

Interventions parlementaires

pour la session de février du Grand Conseil

(Traduction et numérotation: Chancellerie de l'Etat. En italiques: *corrections du Secrétariat SEB.*)

Le Conseil-exécutif a répondu par écrit à certaines interventions; s'adresser à la Chancellerie d'Etat (tirage limité). On pourra prendre connaissance de la prise de position du Grand Conseil dans les comptes rendus de la presse quotidienne sur les sessions parlementaires, et par celui d'un député-enseignant dans l'«Ecole bernoise».

Nous indiquons après chaque texte la prise de position sommaire du Conseil-exécutif, pour autant qu'elle soit connue.

Secrétariat SEB

Motions

11. Zürcher et 34 cosignataires, au nom du groupe parlementaire socialiste, du 11. 2. 1974
(Instruction publique)

Décret concernant les subventions en faveur de la construction de maisons d'école

Le Conseil-exécutif est chargé de soumettre un nouveau décret en la matière jusqu'à expiration de la période actuelle de classement (31 mars 1976), en prévoyant l'harmonisation des taux prévus pour les écoles primaires et secondaires.

C-E: *acceptée comme postulat*

12. Kipfer et 39 cosignataires, du 4. 9. 1974
(Instruction publique)

Traitement de pédagogie curative

... Pour le traitement des enfants des classes enfantines (logopédie avant l'âge de scolarité) et des élèves des écoles moyennes (logopédie, gymnastique de maintien, traitement de la légasthénie), les bases légales font défaut actuellement.

Le Conseil-exécutif est invité à faire en sorte que les mesures de pédagogie curative et l'enseignement spécial

denen heilpädagogischen und sonderpädagogischen Unterricht auch den heute benachteiligten Fällen von Kindergartenkindern und Schülern der Mittelschulen zugänglich zu machen.

RR: 1. Teil verwirklicht (= Kindergarten, Sekr. BLV);
2. Teil Annahme als Postulat

13. Würsten und 2 Mitunterzeichner vom 11. 9. 1974
(Erziehung)

Besoldung und Einsatz der Turnlehrer mit Diplom I und II sowie der Turnlehrer mit ETS Magglingen-Diplom

... Es ist befremdlich feststellen zu müssen, dass

- die Besoldung der Turnlehrer unbefriedigend gelöst ist und nicht in allen Fällen der Qualität der Ausbildung entspricht und zudem zwischen ehemaligen Lehrern und Maturanden sowie den ETS-Studenten unverständliche Unterschiede schafft;
- der Einsatz in den Schulen nicht gewährleistet ist, da immer noch Gemeinden und Mittelschulen vor allem für den Unterricht im Mädchenturnen die Weisungen der Erziehungsdirektion nicht kennen oder nicht beachten. Dadurch leidet der Turnunterricht, die Schülerinnen gelangen nicht in den Genuss der ihnen zustehenden Ausbildung. Zudem gehen dem Kanton viele ausgezeichnete Lehrer verloren, die - oft enttäuscht - eine Beschäftigung in einem andern Kanton annehmen.

Der Regierungsrat wird ersucht die nötigen Schritte zu unternehmen, damit diese Unzulänglichkeiten rasch beseitigt werden können.

RR: Ablehnung

16. Meinen/Schmid und 49 Mitunterzeichner namens der SVP-Fraktion vom 12. 11. 1974 (Finanz)

Koordination bei Berechnung und Auszahlung von Nachteileuerungszulagen

Die NTZ 74, die im Kanton Bern in Prozenten der versicherten Grundbesoldung angegeben und ausbezahlt wird, wurde dieses Jahr vom Bund, in Abweichung von der bisherigen Praxis, in Prozenten der «Bezüge» (Grundbesoldung und TZ) gesprochen. Diese Manipulation schaffte Unsicherheit und verfälschte das Bild.

Zudem musste festgestellt werden, dass andere Kantone auf abweichende Prozentzahlen der Teuerungs- und Nachteileuerungszulage kamen, auch wenn sie den gleichen Landesindex anwendeten. Eine Koordination unter den Kantonen wäre wünschenswert.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, das Gespräch mit dem Bund und den anderen Kantonen aufzunehmen, um

1. die Berechnungsart der NTZ wieder auf einen Nenner zu bringen,
2. Sparmassnahmen gemeinsam zu prüfen. (*Auszeichnung im Original. Sekr. BLV.*)

RR: Annahme

17. Günter/Golowin vom 19. 11. 1974 (Finanz)

Minimalgarantie und Plafonierung der Teuerungszulagen

Die Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass eine schnell wachsende Zahl von Grossräten aller Parteien unseren Ansichten über eine Plafonierung der Teuerungszulagen bei gleichzeitiger Minimalgarantie zustimmen kann.

prévus dans le décret concernant les classes spéciales et réservés aux élèves de l'école primaire soient aussi accessibles aux élèves des écoles enfantines et des classes moyennes, élèves qui sont désavantagés à l'heure actuelle.

C-E: 1^{re} partie réalisée (= jardin d'enfants, secr. SEB);
2^e partie acceptée comme postulat

13. Würsten et 2 cosignataires, du 11. 9. 1974
(Instruction publique)

Rémunération et recrutement des maîtres de gymnastique titulaires des diplômes I et II, ainsi que de ceux qui sont titulaires du diplôme de l'Ecole fédérale de gymnastique et de sport de Macolin

... Il est déconcertant de constater:

- que la rémunération de cette catégorie d'enseignants n'est pas réglée de façon satisfaisante, qu'elle ne correspond pas dans tous les cas à la qualité de la formation reçue, et qu'en outre elle crée entre les anciens maîtres et les maîtres titulaires de la maturité, ainsi que les anciens élèves de l'Ecole fédérale de gymnastique et de sport de Macolin des différences inexplicables;
- que le recrutement de ces enseignants dans les diverses écoles n'est pas garanti, puisqu'il existe encore des communes et des écoles moyennes qui ne connaissent pas ou ne respectent pas les instructions de la Direction de l'instruction publique, surtout en ce qui concerne l'enseignement de la gymnastique féminine. L'enseignement de la gymnastique en souffre, les écolières ne bénéficient pas de la formation à laquelle elles ont droit. En outre le canton perd d'excellents maîtres, qui - souvent par déception - prennent un emploi dans un autre canton.

Le Conseil-exécutif est invité à prendre les mesures nécessaires afin de remédier au plus vite aux carences constatées.

C-E: refusée

16. Meinen/Schmid et 49 cosignataires (groupe UDC), du 12. 11. 1974 (Finances)

Coordination pour le calcul et le versement des allocations complémentaires de renchérissement

Dans le canton de Berne, l'allocation complémentaire de renchérissement 1974 est indiquée et versée en pour-cent du traitement de base assuré. En dérogation à la pratique suivie jusqu'ici, la Confédération a fixé cette «allocation» sur la base du traitement brut (*traitement de base plus allocation de renchérissement*). Cette façon de procéder a créé une certaine confusion.

En outre, il a fallu constater que d'autres cantons ont appliqué des taux différents en ce qui concerne l'allocation de renchérissement et l'allocation complémentaire de renchérissement, même s'ils s'en sont tenus à l'indice national. Une coordination entre les cantons serait souhaitable dans ce domaine.

Le Gouvernement est dès lors chargé d'engager le dialogue avec la Confédération et les autres cantons pour permettre

1. de retrouver un mode de calcul uniforme pour l'allocation complémentaire de renchérissement;
2. et d'examiner en commun les mesures d'économie qui pourraient être envisagées. («Mesures d'économies» souligné dans le texte; s. c.)

C-E: acceptée

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, dem Grossen Rat für das nächste Jahr eine Teuerungsausgleich-Vorlage zu unterbreiten, bei der vorgesehen ist

1. eine Minimalgarantie in der Höhe des Maximums der Besoldungsklasse 17
2. ein Ausgleich der Teuerung bis zu einem maximalen Betrag in der Höhe des Minimums der Klasse 1 (alte Besoldungs-Skala).

RR: *Annahme als Postulat*

20. *Etique* und 28 Mitunterzeichner vom 12. 11. 1974 (Volkswirtschaft/Mitbericht Erziehung)

Miete von Turnhallen für Berufsschulunterricht

Der Bund hat das Turnen für den Unterricht an Berufsschulen obligatorisch erklärt.

Andererseits stellen die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen unsere staatlichen Einrichtungen zu kämpfen haben, die Erreichung des durch den Bund gesteckten Ziels in Frage, nämlich die Einführung des Faches Turnen bis spätestens 1985.

Gewisse Schulen wären in der Lage, durch Miete geeigneter Hallen oder Einrichtungen das Problem wenigstens teilweise zu lösen. Der Bund richtet jedoch zur Deckung von Mietkosten keine Subventionen aus, und der Kanton seinerseits wartet ab, bis der Bund auf diesem Gebiet etwas unternommen hat.

Der Regierungsrat wird aus diesem Grunde ersucht, beim Bund Schritte zu unternehmen, damit jenen Berufsschulen, die Turnhallen mieten, Subventionen gewährt werden.

RR: *Annahme*

Postulat

25. *Meinen* und 29 Mitunterzeichner vom 7. 11. 1974 (Erziehung) *Antwort schriftlich*

Rücksichtnahme auf kleine, abgelegene Schulen in bezug auf Schulbauten und Klassenschliessungen

Im Schreiben 1489 vom 18. April 1973 zum Regierungsratsbeschluss betreffend besondere Subventionsbedingungen räumt der Regierungsrat Bauten, «die einem regionalen Zusammenschluss dienen», eine Vorzugsstellung ein.

Zudem haben die Schulinspektoren die Aufgabe, die Zahl der Klassen nach Möglichkeit zu reduzieren.

Beide Massnahmen sind sicher für die grossen Zentren richtig. Sie können aber unliebsame Auswirkungen zeitigen in kleinen Landgemeinden, abgelegenen Dörfern und Schulbezirken.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, Weisungen herauszugeben, die es ermöglichen, sowohl bei der Bedürfnisbeurteilung für Schulbauten, als auch bei der Erwägung von Klassenschliessungen bei Schulen in kleinen Dörfern andere Massstäbe anzulegen, als bei Schulen in grossen Zentren.

RR: *Ablehnung. Antwort schriftlich*

Interpellationen

42. *Zwygart* und 2 Mitunterzeichner vom 7. 11. 1974 (Erziehung) *Antwort schriftlich*

Stipendienordnung

Im Verwaltungsbericht 1973 steht die Bemerkung, dass ein Stipendiengesetz in Arbeit ist. Nachdem die bisherige

17. *Günter/Golowin*, du 19. 11. 1974 (Finances)

Minimum garanti et plafonnement des allocations de renchérissement

Les discussions de ces dernières années ont montré que le nombre des députés de tous les partis, devenus partisans comme nous d'un plafonnement des allocations de renchérissement en maintenant le minimum garanti, a bien vite augmenté.

Le Conseil-exécutif est donc chargé de soumettre au Grand Conseil, pour l'année prochaine, un projet sur le plafonnement des allocations de renchérissement, projet prévoyant notamment

1. un minimum garanti correspondant au maximum de la classe de traitement 7;
2. une compensation du renchérissement ne pouvant pas dépasser le minimum de la classe 1 (ancienne échelle des traitements).

C E: *acceptée comme postulat*

20. *Etique* et 28 cosignataires, du 12. 11. 1974 (Economie publique/Corapport Instruction publique)

Location de halles de gymnastique dans le cadre de la formation professionnelle

La Confédération a rendu obligatoire l'enseignement de la gymnastique dans les écoles professionnelles.

Les difficultés financières que rencontrent les corporations de droit public intéressées rendent d'autant plus problématique l'atteinte des objectifs fixés par la Confédération, c'est-à-dire l'introduction de la gymnastique au plus tard en 1985.

Certaines écoles pourraient résoudre leurs problèmes, tout au moins en partie, en louant des halles et des installations. Or, la Confédération ne subventionne pas ces frais de location et de son côté le canton attend l'intervention fédérale dans ce domaine pour s'engager à son tour.

Nous demandons au Conseil-exécutif d'intervenir auprès de la Confédération pour qu'elle alloue des subventions aux écoles professionnelles qui louent des halles de gymnastique.

C-E: *acceptée*

Postulat

25. *Meinen* et 29 cosignataires, du 7. 11. 1974 (Instruction publique) *Réponse écrite*

Allégement pour les petites écoles éloignées en matière de bâtiments scolaires et de fermetures de classes

Dans sa lettre explicative N° 1489, du 18. 4. 1973, de l'arrêté concernant les conditions de subvention particulières, le Conseil-exécutif place dans une situation privilégiée les constructions scolaires «favorisant un regroupement scolaire régional».

Les inspecteurs scolaires ont en outre le devoir de réduire, suivant les possibilités, le nombre des classes.

Ces deux mesures sont certainement indiquées pour de grands centres. Elles peuvent cependant entraîner des effets désagréables dans les petites communes campagnardes, les villages ou les arrondissements scolaires éloignés, où l'école représente souvent la seule institution culturelle.

Regelung einige Härten enthält, stelle ich dem Regierungsrat die folgenden Fragen:

1. Auf welchen Zeitpunkt hin kann mit der Inkraftsetzung des Stipendiengesetzes gerechnet werden?
2. Ist die merkwürdige Regelung, wonach verheiratete Studierende, welche im ersten Bildungsweg stehen, wie unverheiratete Stipendiaten behandelt werden, voraussichtlich anders gelöst?
3. Ist es möglich, den bisherigen Regierungsratsbeschluss 2598 vom 5. Juli 1972 so zu ändern, dass verheiratete Stipendienbezüger auch unter 25 Jahren in den Genuss von höheren Beiträgen kommen, vor allem aber in Fällen von Familienvätern mit Kindern?
4. Seit diesem Jahr leistet der Bund neu 60 % an die Stipendiaufwendungen des Kantons Bern akademischer und schulischer Richtung. Ist es nicht möglich, die in der Verordnung über die Gewährung von Ausbildungsbeiträgen angesetzten Höchststipendien mindestens um den Satz der höheren Bundeszuschüsse für 1975 hinaufzusetzen?

43. *Kipfer* und 8 Mitunterzeichner vom 11. 11. 1974
(Erziehung) *Antwort schriftlich*

Aufnahmepraxis in die Lehrerseminare

Die Modalitäten der Aufnahmeprüfungen in die deutschsprachigen Seminare sind dieses Jahr auf heftige Kritik gestossen. Ohne Not und ohne vorherige Kontaktnahme mit den Sekundarschulen wurde das Aufnahmeverfahren durch die Schulleitungen geändert, so dass im Gegensatz zum Reglement und zur bisherigen Praxis unbedingt empfohlene (und damit für die Seminare eigentlich qualifizierte) Kandidaten zuerst irgendwelchen Tests und nachher z. T. auch Prüfungen unterzogen und eliminiert wurden. Weiter kamen stossende Ungleichheiten in den Beurteilungskriterien und in den Prüfungsanforderungen für Kandidaten und Kandidatinnen vor; die Aufnahmepraxis scheint zudem in den verschiedenen Seminaren verschieden gehandhabt worden zu sein... Das unkoordinierte... Aufnahmeverfahren hat einzelne Schüler schwer getroffen (u. a. Abweisung unbedingt Empfohlener), die Sekundarschulen verunsichert und eine bisher bewährte Praxis umgestossen.

Ist der Regierungsrat bereit,

- das ganze Aufnahmeverfahren in bernische Seminare verbindlich zu vereinheitlichen, es vor Einflüssen von Alleingängen einzelner Schulleitungen wirksam zu schützen und für die Kandidaten tendenziell zu erleichtern;
- das Aufnahmeverfahren von allen unwissenschaftlichen, ungeeichten und daher nutzlosen und nicht verwertbaren Tests und Beurteilungskriterien zu befreien;
- die Gleichberechtigung von Knaben und Mädchen unter allen Umständen durchzusetzen;
- die im Anschluss an das neue Lehrerbesoldungsgesetz sicher steigende Attraktivität des Lehrerberufes zur Behebung des Mangels in den verschiedenen Sparten des Lehrerberufes und zur (schrittweisen) Einführung der fünfjährigen Seminarbildung auszunützen und wie hat das gegebenenfalls zu geschehen?

Anmerkung. *Auf unsere Anregung hin wird eine Stellungnahme aus Seminarkreisen im Berner Schulblatt erscheinen.* -

Le Conseil-exécutif est dès lors invité à édicter des prescriptions permettant, lorsqu'il s'agit d'examiner les besoins en bâtiments scolaires ou d'envisager des fermetures de classes, de retenir, pour les écoles de petits villages, des critères différents de ceux qui sont valables pour les écoles de grands centres.

C-E: refusé, réponse par écrit

Interpellations

42. *Zwygart* et 2 cosignataires, du 7. 11. 1974
(Instruction publique) *Réponse écrite*

Réglementation de l'octroi des bourses

Le rapport de gestion 1973 nous apprend qu'une loi sur les bourses est en cours d'élaboration. La réglementation actuelle étant source de quelques iniquités, je me permets de poser au Conseil-exécutif les questions suivantes:

1. A quel moment peut-on prévoir l'entrée en vigueur de ladite loi?
2. Cette loi modifie-t-elle, comme on s'y attend, l'actuelle réglementation pour le moins curieuse selon laquelle les étudiants mariés, se trouvant en première voie de formation, sont soumis au même régime que les bénéficiaires célibataires?
3. Est-il possible d'apporter à l'arrêté du Conseil-exécutif N° 2598 du 5 juillet 1972 une modification permettant aux boursiers mariés, y compris ceux qui sont âgés de moins de 25 ans, de bénéficier de subsides plus importants, notamment lorsque ces boursiers sont pères de famille?
4. Depuis cette année et pour la première fois, la Confédération subventionne à raison de 60 % les dépenses du canton de Berne en matière de bourses universitaires et scolaires. Ne serait-il pas possible de relever les montants maximaux des bourses fixés dans l'ordonnance concernant l'octroi de subsides de formation d'un pourcentage correspondant pour le moins à celui de l'augmentation des subsides alloués par la Confédération au titre de 1975?

43. *Kipfer* et 8 cosignataires, du 11. 11. 1974
(Instruction publique) *Réponse écrite*

Modalités d'admission dans les écoles normales

Les modalités appliquées aux examens d'entrée dans les écoles normales de langue allemande ont fait, cette année, l'objet de sévères critiques. Sans nécessité et sans même avoir consulté au préalable les écoles secondaires, les directions des écoles normales ont modifié la procédure d'admission. C'est ainsi que, contrairement au règlement et à la pratique suivie jusqu'ici, des candidats recommandés sans réserves (possédant donc toutes les qualités requises pour entrer dans une école normale) ont d'abord subi des tests *plus ou moins improvisés* et certains même des examens, à l'issue desquels ils furent éliminés. On releva en outre des inégalités flagrantes entre les critères de sélection et les épreuves d'examen imposées aux candidats et *aux* candidates. De plus, il semble que les modalités d'admission aient varié avec chaque établissement...

Cette procédure d'admission... a gravement désavantagé certains élèves (entre autres ceux qui n'ont pas été admis alors que leur école les recommandait sans réserves), a semé l'insécurité chez les enseignants des écoles secondaires et a réduit à néant une pratique qui a fait ses preuves auparavant.

Was macht man, wenn plötzlich mehr unbedingt Empfohlene da sind, als überhaupt Plätze zu vergeben sind? M. R., Z.S.

44. Kipfer und 12 Mitunterzeichner vom 13. 11. 1974
(Erziehung)

Einflussnahme des BLV auf Schulkommissionen

Die Schulkommission einer stadtbernerischen Sekundarschule hat eine Handarbeitslehrerin nach Ablauf der Amtsperiode nicht mehr wiedergewählt, weil ihr Verletzungen ihrer Amtspflicht und ein Verhalten zur Last gelegt wurden, die das Vertrauensverhältnis zwischen Wahlbehörde und Lehrerin weitgehend zerstört hatten. Die Lehrerin erhob gegen die Nichtwiederwahl Beschwerde, die vom Regierungsrat abgewiesen wurde, weil der einstimmigen Schulkommission keine Unregelmässigkeiten nachzuweisen waren und weil diese über Wahl bzw. Nichtwiederwahl nach eigenem Ermessen und nach eigener Beurteilung des Sachverhaltes frei entscheiden konnte.

Die Beschwerdeführerin erhielt in ihrer Beschwerde gegen die Schulkommission Rechtsbeistand durch den Bernischen Lehrerverein, der nach der Nichtwiederwahl der Lehrerin die vakante Stelle für Mitglieder des Lehrervereins und der angeschlossenen Organisationen unter Androhung des Ausschlusses auf Lebenszeit sperrte. Auf die Ausschreibung der Stelle meldeten sich trotzdem verschiedene Lehrerinnen, von denen vier von der Schulkommission zu je einem Teilpensum gewählt wurden. In der Folge beschloss die Abgeordnetenversammlung des BLV, die vier gewählten Lehrerinnen aus dem Lehrerverein auszuschliessen bzw. nie in die Berufsorganisation aufzunehmen. Der Schulvorsteher, dessen Ehefrau zu den neu gewählten Lehrkräften mit Teilpensum gehörte, wurde vom BLV ebenfalls ausgeschlossen mit der Begründung, er hätte seine Ehefrau nicht daran gehindert, die Stelle zu übernehmen. Der geschilderte Fall hat schulpolitische Konsequenzen und führt zu ernster Diskriminierung von Lehrkräften, die von der Schulkommission zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes gewählt wurden. Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- entspricht es dem Wesen der staatlichen Schule, dass ein Berufsverband die Wiederbesetzung einer staatlichen Stelle blockieren kann, die durch eine völlig gesetzeskonforme und begründete Nichtwiederwahl frei geworden ist?
- ist es nicht erste Aufgabe der Schulkommission, im Namen des Staates und der Gemeinde Aufsicht über die Schule zu führen und alles zu tun und nichts zu unterlassen, um optimale Voraussetzungen für einen gedeihlichen Unterricht zu schaffen?
- ist es tragbar, wenn die Schulkommissionen in ihrer Arbeit und bei Erfüllung ihrer Aufgaben durch Entscheide des BLV so sehr unter Druck gesetzt werden, dass sie in ihren Entscheiden ernsthaft behindert werden?
- wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass der Schulvorsteher aus dem Berufsverband ausgeschlossen wurde, weil er die Beschlüsse seiner Schulkommission durchführte und sich um die Sicherstellung des Unterrichts persönlich bemühte?

Le Conseil-exécutif est-il disposé

- à ordonner l'uniformisation des modalités d'admission dans toutes les écoles normales de notre canton; à protéger efficacement cette uniformisation contre les initiatives individualistes des directions de certains établissements et à alléger de façon sensible lesdites modalités pour les candidats;
- à supprimer de la procédure d'admission tous les tests et critères de sélection qui *n'ont pas été soumis à une sévère évaluation* et sont sans objet puisqu'ils ne permettent pas d'estimer la valeur du candidat;
- à imposer en toutes circonstances l'égalité des chances entre candidats et candidates;
- à tirer profit de l'attrait indubitablement croissant exercé par la carrière d'enseignant et provoqué par la nouvelle loi sur les traitements des membres du corps enseignant, pour remédier à la pénurie dans les divers secteurs de l'enseignement et pour introduire (par étapes) une formation sur cinq ans dans les écoles normales; enfin, à nous dire, le cas échéant, comment il compte s'y prendre.

Remarque. *A notre demande, les milieux visés répondront dans l'«Ecole bernoise». - Que faire quand, subitement, le nombre des candidats à l'admission porteurs d'une recommandation inconditionnelle dépasse la capacité d'une EN?*

M. R., S. c.

44. Kipfer et 12 cosignataires, du 13. 11. 1974
(Instruction publique)

Pression exercée par la SEB sur les commissions d'écoles

La commission d'une école secondaire de la ville de Berne, reprochant à une maîtresse d'ouvrages d'avoir manqué aux obligations liées à sa charge et détruit par son comportement la confiance que lui accordait l'autorité de nomination, ne l'a pas reconduite dans ses fonctions à l'expiration de son mandat. L'enseignante en question a attaqué cette décision devant le Conseil-exécutif. Le recours fut rejeté, aucune irrégularité n'ayant pu être retenue contre la commission d'école qui a pris cette décision à l'unanimité, et qui était libre d'élire ou de ne pas réélire, après avoir examiné la situation.

La Société des enseignants bernois se porta curateur de la recourante contre la commission d'école et interdit à ses membres ou à ceux d'organisations affiliées, sous peine d'exclusion à vie, d'occuper le poste devenu vacant depuis la non-réélection de l'enseignante en cause. Au moment de la mise au concours, diverses maîtresses posèrent malgré tout leur candidature; la commission de l'école nomma quatre d'entre elles pour occuper le poste à temps partiel. Par la suite, l'assemblée des délégués de la Société des enseignants bernois décida d'exclure les quatre maîtresses, et de ne plus jamais les admettre au sein de l'organisation professionnelle qu'elle constitue. Le directeur de l'école, dont la femme était une des quatre maîtresses, se vit également exclure de la Société parce qu'il ne s'était pas opposé à ce que sa femme occupe le poste vacant. Le cas que nous venons de dépeindre a des répercussions sur le plan de la politique scolaire et entraîne une discrimination sévère à l'égard d'enseignants qui ont été nommés par la commission de l'école afin d'assurer la bonne marche de cette dernière. Nous invitons le Conseil-exécutif à répondre aux questions suivantes:

- La possibilité pour une association professionnelle de s'opposer radicalement à ce qu'un poste, devenu vacant

- welche konkreten Nachteile und Behinderungen ergeben sich für die ausgeschlossenen (bzw. später nicht aufgenommenen) Mitglieder des BLV, die die Solidarität mit den Rechten der Kinder über Standespolitik und Kastendenken stellten?
- was hat die Erziehungsdirektion unternommen, um im konkreten Fall die Stellung der Schulkommission und des Schulvorstehers zu stärken?
- was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um in Zukunft derartige Einflussnahmen auf die Geschäfte der Schulkommissionen zu verhindern?

Anmerkung. Die Reklame für den BLV geht also weiter; bald weiss der hinterste Bürger, dass und wie der BLV seine Mitglieder schützt. Doch fehlen in der Motion verschiedene Punkte: Die Schulkommission weigerte sich bekanntlich, ihre vor der Delegation BLV erhobenen Beschuldigungen in Anwesenheit der Lehrerin zu wiederholen, obschon wir der Kommission freigestellt hatten, sie könne Augenzeugen mitbringen. - Die später Ausgeschlossenen waren durch persönliche Briefe des BLV an ihre Solidaritätspflicht erinnert worden. - Zum Grundsätzlichen der Sperre haben sich die AV BLV am 11. Dezember 1974 sowie der KV im Berner Schulblatt vom 31. Januar ausführlich geäußert. M.R., ZS

45. Rollier (Bern) und 20 Mitunterzeichner vom 14. 11. 1974 (Erziehung) Antwort schriftlich
Vermehrter Fremdsprachunterricht in den Schulen

Eine von der Erziehungsdirektorenkonferenz eingesetzte Expertenkommission hat in ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht u. a. den Antrag gestellt, mit dem Französischunterricht in der deutschen Schweiz sei inskünftig bereits im 4. Schuljahr zu beginnen.

Diesbezüglich sind im Kanton Bern an verschiedenen Orten bereits Versuche durchgeführt worden.

Der Regierungsrat wird um Auskunft über folgende Fragen ersucht:

1. Was für Schlüsse lassen sich für den Kanton Bern aus dem Antrag der erwähnten Expertenkommission und aus den durchgeführten Versuchen ziehen, namentlich was den Beginn des Unterrichts in der zweiten Landessprache betrifft?
3. Falls eine Vorverlegung des ersten Fremdsprachunterrichts auf das 4. Schuljahr einstweilen nicht möglich sein sollte, ist wenigstens ein vermehrter Französisch- bzw. im Jura Deutschunterricht in den Primarschulen ab 5. Schuljahr vorgesehen, nämlich mehr als nur maximal zwei Lektionen pro Woche, wie sie heute die Gemeinden einführen können, und wenn ja, auf Kosten welcher andern Fächer (Angleichung an Lehrplan und Lektionentafel der Sekundarschulen)?
4. Wie und wann lässt sich die Ausbildung der Primarlehrerinnen und Primarlehrer für diesen Fremdsprachunterricht verbessern? (Vgl. dazu die gleichzeitig eingereichte Interpellation betreffend Einführung des 5. Seminarjahres und Lehrermangel.)

Schriftliche Anfragen

61. Strahm vom 4. 9. 1974
 (Erziehung/Mitbericht Volkswirtschaft)

Berufsbildungsgesetz; Gesamtbildungskonzept

Die kantonale Volkswirtschaftskommission, der alle massgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des Kantons Bern angehören, hat einen Unterausschuss zur Behandlung von Berufsbildungsfragen ins Leben gerufen.

par suite de la non-réélection tout à fait légale et fondée de son titulaire, soit repourvu, est-elle bien conforme à l'esprit de l'école publique?

- Le premier devoir des commissions d'écoles n'est-il pas d'exercer au nom de l'Etat et des communes sa surveillance sur les écoles et de tout faire, sans rien laisser au hasard, pour permettre à l'enseignement de se dérouler dans des conditions optimales?
- Peut-on supporter que les commissions d'écoles subissent dans leur travail et dans l'accomplissement de leurs tâches une pression si forte de la part de la SEB qu'elle constitue une gêne sérieuse lorsque les dites commissions veulent prendre des décisions?
- Que pense le Conseil-exécutif de l'exclusion du directeur de l'école, qui n'a fait qu'appliquer les décisions de la commission de son école et s'est efforcé personnellement d'assurer le bon fonctionnement de celle-ci?
- Quels préjudices et inconvénients concrets l'exclusion (à vie) de la SEB peut-elle entraîner pour les membres qui en ont été frappés pour avoir fait passer les droits légitimes des enfants avant des préoccupations d'ordre politique et l'esprit de caste?
- Quelles mesures ont-été prises en l'occurrence par la Direction de l'instruction publique pour renforcer la position de la commission d'école et celle du directeur de l'établissement?
- Que pense faire le Conseil-exécutif pour éviter, à l'avenir, de telles pressions sur les commissions d'écoles?

Remarque. On continue donc à faire de la réclame à la SEB; il n'y aura bientôt plus personne à ne pas savoir comment elle soutient ses membres. Toutefois, il y a des lacunes importantes dans la motion: La commission d'école s'est refusée à répéter en présence de la maîtresse les accusations qu'elle avait formulées devant la délégation SEB, bien que nous l'ayons laissée libre de présenter des témoins oculaires. - Les enseignants exclus depuis avaient reçu de la SEB des lettres personnelles qui faisaient appel à leur solidarité. - Quant au principe du boycottage, l'assemblée des délégués s'est prononcée le 11 décembre 1974 et le Comité cantonal a exposé ses vues en détail dans l'«Ecole bernoise» du 31 janvier. M. R., s. c.

45. Rollier (Berne) et 20 cosignataires, du 14. 11. 1974
 (Instruction publique) Réponse écrite

Renforcement de l'étude des langues étrangères dans les écoles

Dans son rapport qu'elle vient de publier, la Commission d'experts instituée par la Conférence des directeurs de l'instruction publique a fait, entre autres choses, la proposition suivante: L'enseignement du français en Suisse alémanique devrait à l'avenir débiter à partir de la 4^e année scolaire.

Dans le canton de Berne, différentes écoles ont déjà essayé d'enseigner le français à partir de la 4^e année scolaire.

Nous invitons donc le Conseil-exécutif à répondre aux questions suivantes:

1. Quelles sont les conclusions que le canton de Berne peut tirer de la proposition faite par la Commission d'experts mentionnée et des essais effectués, notamment en ce qui concerne le début de l'enseignement d'une seconde langue étrangère?
3. Dans le cas où il serait impossible pour le moment de dispenser les premiers cours de langue étrangère dès la 4^e années scolaire, a-t-on prévu tout au moins

Nach einhelliger Auffassung des erwähnten Unterausschusses muss auch das kantonale Berufsbildungsgesetz revidiert werden. Er ist der Meinung, dass die Schaffung eines *Gesamtbildungskonzeptes* als Fundament für die akademische und berufliche Aus- und Weiterbildung eine dringende Notwendigkeit ist.

In diesem Sinne wurde dem Regierungsrat eine Eingabe unterbreitet.

Ist der Regierungsrat bereit, den Anregungen des Unterausschusses der Volkswirtschaftskommission Folge zu leisten? Wenn ja, wie gedenkt die Regierung vorzugehen?

62. Golowin und ein Mitunterzeichner vom 12. 9. 1974
(Erziehung)

Volkskunde an der Hochschule

Zahlreiche Interpellationen und Postulate, die sich alle mit dem Erhalten und fortschrittlichen Weiterentwickeln der volkstümlichen Kultur des Bernbiets beschäftigen, wurden in den letzten Jahren von der Erziehungsdirektion in ihrer Berechtigung voll anerkannt. Wachsende Lehrerkreise werben immer mehr für eine vermehrte Berücksichtigung der Heimatkunde im Unterricht (vgl. u. a. die wertvolle Arbeit von Seminardirektor Müller, Thun).

Wie weit eignet sich unsere Hochschule für eine sinnvolle Hilfe bei einer solchen Aufgabe? Ist es wahr, dass sogar die Stelle eines Professors der Volkskunde seit 1971 (also seit dem Rücktritt von Prof. Dr. P. Zinsli) aus kleinlichen Gründen noch nicht besetzt werden konnte?

65. Borter vom 19. 11. 1974 (Erziehung)

Schulbesuch von Schülern ausserhalb der Schulpflicht; Rechnungsstellung

Die Gemeinden erhalten immer öfter Rechnungen den Schulbesuch von Schülern ausserhalb der Schulpflicht betreffend. Es sind verschiedenste Stellen, die solche Rechnungen versenden.

Ich ersuche um Auskunft

- a) welche gesetzlichen Grundlagen bestehen?
- b) wie lauten diese Grundlagen?
- c) werden die Vorschriften genau eingehalten?

67. Beutler vom 11. 2. 1974 (Volkswirtschaft)

Aufhebung kleiner, regionaler Gewerbeschulen

Gemäss einer Verfügung der Volkswirtschaftsdirektion vom 20. Dezember 1973 sind die kleinen, regionalen Gewerbeschulen von Konolfingen, Oberdiessbach und Grosshöchstetten auf den Frühling 1977 aufzuheben. Auf den gleichen Zeitpunkt hin sollen diese Schulen in der Region Oberemmental mit Standort Langnau zusammengelegt werden.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Ist die tatsächliche Situation der Lehr- und Berufsschulverhältnisse der Region, insbesondere in geographischer Hinsicht, geprüft worden?
2. Sind es vorwiegend wirtschaftliche Überlegungen, die zum Entscheid für den Standort Langnau geführt haben?

d'augmenter à partir de la 5^e année scolaire les leçons de français dans les écoles primaires de Suisse alémanique et les leçons d'allemand dans celle du Jura? Cette augmentation ne pourrait-elle pas aller au-delà de la limite maximum de deux leçons par semaine comme les communes ont la faculté de le faire aujourd'hui? Dans l'affirmative, au détriment de quelles autres branches cet enseignement serait-il dispensé? Ne pourrait-on pas adapter ces cours au programme d'étude et au tableau des leçons des écoles secondaires?

4. De quelle façon et quand pourra-t-on améliorer la formation des maîtresses et des maîtres primaires pour l'enseignement des langues étrangères? (Comparez à cet égard l'interpellation que j'ai déposée en même temps et qui concerne l'introduction d'une 5^e année à l'école normale et la pénurie d'enseignants.)

Questions écrites

61. Strahm du 4. 9. 1974

(Instruction publique/Corapport Economie publique)

Loi sur la formation professionnelle; conception globale de formation

La Commission cantonale de l'économie publique, qui regroupe toutes les organisations importantes des employeurs et des salariés de notre canton, a désigné une sous-commission chargée d'examiner les questions de formation professionnelle.

Pour la sous-commission susmentionnée, il ne fait aucun doute que la loi cantonale sur la formation professionnelle doit également faire l'objet d'une révision. Elle pense en effet qu'il est urgent d'élaborer une *conception globale de formation** qui servirait de schéma directeur pour la formation et le perfectionnement aux niveaux universitaire et professionnel (* souligné dans le texte).

Un projet dans ce sens a été soumis au Conseil-exécutif. Le Conseil-exécutif est-il disposé à donner suite aux initiatives de la sous-commission désignée par la Commission de l'économie publique? Dans l'affirmative, comment pense-t-il procéder?

62. Golowin et un cosignataire, du 12. 9. 1974

(Instruction publique)

Etude des cultures populaires à l'Université

De nombreuses interpellations et postulats ayant trait au maintien et à l'évolution progressive de la culture populaire de la région de Berne ont été tout à fait approuvés par la Direction de l'instruction publique. Certains cercles d'enseignants, de plus en plus nombreux, ne cessent de se prononcer en faveur d'un renforcement de l'enseignement des coutumes locales (voir, entre autres, les précieux travaux de M. Müller, directeur de l'Ecole normale de Thoune).

Dans quelle mesure notre Université convient-elle pour apporter une aide judicieuse dans la réalisation d'une telle tâche? Est-il vrai que depuis 1971 (depuis la démission du professeur P. Zinsli), la chaire de *folklore* n'est toujours pas occupée pour des motifs qui relèvent de la mesquinerie?

65. Borter, du 19. 11. 1974

(Instruction publique)

Fréquentation d'école par des enfants qui ne sont plus astreints à la scolarité obligatoire; factures y relatives

3. Ist es sinnvoll, bei der bestehenden Finanzknappheit von Bund, Kanton und Gemeinden bis im Frühling 1977 ein neues Berufsschulzentrum zu erstellen?
4. Im Text der Verfügung vom 20. Dezember 1973 fehlt der Hinweis auf eine Einsprachemöglichkeit. Besteht eine solche, und während welcher Frist?...

Il est de plus en plus fréquent que les communes reçoivent des factures concernant la fréquentation d'école par des enfants qui ne sont plus astreints à la scolarité obligatoire. Ces factures émanent des services les plus divers.

J'invite le Conseil-exécutif à répondre aux questions suivantes:

- a) Quelles sont les bases légales de ce procédé?
- b) Comment s'intitulent-elles exactement?
- c) Les prescriptions sont-elles réellement respectées?

67. *Bentler*, du 11. 2. 1974 (Economie publique)

Fermeture des petites écoles professionnelles artisanales régionales

Une décision de la Direction de l'économie publique, du 20 décembre 1973, prévoit la fermeture, au printemps 1977, des petites écoles professionnelles artisanales régionales de Konolfingen, Oberdiessbach et Grosshöchstetten. A la même période, ces écoles seront regroupées dans le Haut-Emmental, et plus précisément à Langnau.

A ce propos, j'invite le Conseil-exécutif à répondre aux questions suivantes:

1. A-t-on examiné la situation réelle des écoles d'apprentissage et professionnelles de la région, en se plaçant en particulier sur le plan de la géographie?
2. Sont-ce surtout des considérations d'ordre économique qui ont conduit le Conseil-exécutif à choisir Langnau?
3. Est-il vraiment judicieux de créer un nouveau centre d'écoles professionnelles, compte tenu de la précarité de la situation financière de la Confédération, du canton et des communes qui doit se prolonger jusqu'en 1977?
4. Le texte de la décision du 20 décembre 1973 ne mentionne pas de possibilité de recours. Existe-t-elle et, si oui, dans quels délais?...

Fremdsprachunterricht ab 4. Klasse? (Umfrage EDK)

Stellungnahme des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins zur KOSLO Vernehmlassung Nummer 13 gemäss Ihrer Einladung vom 11. Juli 1974 an den Schweizerischen Lehrerverein: «zum Bericht und Anträge der Pädagogischen Kommission EDK zur Einführung und Koordination des Fremdsprachunterrichts in der obligatorischen Schulzeit.»

Vorgehen

Die Lehrerschaft wurde *schriftlich* und *mündlich* informiert und *zur Stellungnahme* aufgefordert.

In Nr. 12 vom 23. 3. 74 ist im Berner Schulblatt ein Aufruf erschienen, um interessierte Kolleginnen und Kollegen auf die kommende Vernehmlassung aufmerk-

sam zu machen. Am 4. Juli 1974 haben der Leitende Ausschuss, die Präsidenten aller Stufenverbände und die Kolleginnen und Kollegen die es gewünscht hatten, das Bulletin 2a vom Juni 1974 der EDK erhalten (Text und Anträge in vollem Wortlaut). Am 23. 8. 74 sind die Anträge der EDK im Berner Schulblatt erschienen; weiter ist am 29. 8. 74 unter dem Titel «Koordination des Fremdsprachunterrichts in der obligatorischen Schulzeit» eine Zusammenfassung zum Bericht und zu den Anträgen vom Präsidenten der Expertenkommission Dr. A. Bangerter in der SLZ erschienen. Am 31. 8. 74 ist im amtlichen Schulblatt des Kantons Bern ein Beitrag vom Amt für Unterrichtsforschung und Planung (AUF) zum gleichen Thema veröffentlicht worden. Daneben haben fünf Orientierungstagungen in Spiez, Bern, Herzogenbuchsee, Biel und Meiringen in Zusammenarbeit mit dem AUF und der Zentralstelle für Lehrerfortbildung stattgefunden.

Alle Mitglieder des Bernischen Lehrervereins wurden aufgefordert, ihre Meinung bis am 15. 11. 74 an das Sekretariat BLV zu schicken. Es sind uns die Ergebnisse der Umfrage bei den Primarlehrer-Präsidenten, der Umfrage des Bernischen Mittellehrervereins, die Stellungnahme des Bernischen Gymnasiallehrervereins, der Aktion demokratische Schulpolitik, einiger Sektionen und Einzelmitgliedern zugestellt worden. Ausserdem sind die Diskussionsbeiträge der fünf Orientierungstagungen mit einbezogen.

Was sagen die bernischen Lehrer zu diesem Bericht im allgemeinen?

Der ganze Bericht ist eine gründliche und verdankenswerte Arbeit, die einen verbesserten Fremdsprachunterricht in der obligatorischen Schulzeit anstrebt.

Indessen war aus den Eingaben und Diskussionen ein gewisses Unbehagen im Zusammenhang mit den folgenden Problemen herauszusprechen:

- Die Realisierung der Vorschläge ist schwierig und nicht konsequent zu Ende gedacht – beim Überdenken taucht stetsfort Ungelöstes auf.

- Die Lehrerschaft befürchtet eine Überbewertung des Fremdsprachunterrichts und weist darauf hin, dass Kommunikation auch in den andern Fächern gefördert werden kann.

Die Anträge der Expertenkommission

1. Antrag

Der Beginn des Unterrichts in der ersten Fremdsprache ist in die Entwicklungsphase vor der Pubertät zu legen. (Beschlossen bei 13 : 1 Stimmen und 1 Enthaltung.) Dieser Antrag betrifft die ganze Schweiz (s. Seite III/19).

Unsere Antwort

Mehrheitlich wird der Vorverlegung des Fremdsprachunterrichts zugestimmt

2. Antrag

Der Französischunterricht in der deutschsprachigen Schweiz soll im 4. Schuljahr beginnen. (Beschlossen bei 11 : 3 Stimmen. s. Seite IV/22.)

Unsere Antwort

Dieser Antrag wird abgelehnt

- Von pädagogischen Überlegungen aus halten wir dafür, dass Begegnung mit der ersten Fremdsprache schon in der Unterschule ermöglicht werden sollte.

Diese «Entdeckung» der Fremdsprache soll – nicht nur in der Hinführung, sondern auch in der Zielsetzung – dem Musischen, Rhythmischen, dem Spiel zugeordnet sein.

Erlebnisfähigkeit soll gefördert werden, noch nicht Kommunikationsfähigkeit.

- Kein Obligatorium erklären und keine Pensien festlegen!

- Aus den schriftlichen Antworten und Diskussionsbeiträgen geht deutlich hervor, dass dem 5. Schuljahr der Vorzug gegeben wird.

Sprachlich-kommunikative Zielsetzung und Leistungsaspekt sollen erst in diesem Schuljahr einsetzen.

- Ausserdem wird der Antrag von der bernischen Lehrerschaft abgelehnt, weil die Schüler in der Selektionsstufe ohnehin stark belastet sind.

- Obwohl die Empfehlung der EDK lautet, dass Französisch kein Prüfungsfach sei, noch werden dürfe, sind die Befürchtungen allgemein gross, dass das Fach doch ins Gewicht fallen werde, besonders während der Probezeit im 1. Quartal des 5. Schuljahres der Sekundarschule.

- Dagegen wäre der Beginn im 5. Schuljahr für die Primarschüler ein Anreiz und eine Hebung ihrer Stufe, da sie gleichzeitig mit den Sekundarschülern das neue Fach «Französisch» beginnen könnten.

3. Antrag

Dem Fremdsprachunterricht sollen bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit mindestens 3 wöchentliche Lektionen zu 45 Minuten zur Verfügung stehen.

Dieser Antrag betrifft die ganze Schweiz (s. Seite V/24).

Unsere Antwort

Einverstanden mit Vorbehalt

- Vom Fremdsprachunterricht her drängt sich diese Dotierung auf.

- Leider ist die Frage, welche Fächer für diesen neu einzuführenden Unterricht geopfert werden sollen, noch offen, und auch darüber besteht ein gewisses Unbehagen. Allgemein ist die Ansicht vorhanden, dass die Gesamtlektionenzahl der Schüler auf keinen Fall erhöht werden darf.

Kürzung einzelner Fächer bedingt eine gründliche Überarbeitung und Anpassung der Lehr- und Stoffpläne. Das neue Fach darf keinen Vorrang erhalten.

4. Antrag

Der Unterricht in der ersten Fremdsprache soll in der Primarschule vom Klassenlehrer mit entsprechender Lehrbefähigung erteilt werden (s. Seite V/24).

Unsere Antwort

Einverstanden mit Vorbehalt

Das Prinzip, wonach der Klassenlehrer in seiner Klasse selber möglichst alle Fächer unterrichten sollte, ist richtig. Auch wird es als günstig erachtet, dass der Fremdsprachunterricht so an die Situationen und Erlebnisse des übrigen Unterrichts anknüpft.

Die Expertenkommission täuscht sich aber, wenn sie annimmt, der Fächerabtausch würde die Ausnahme bilden: die Primarlehrer (gerade die gewissenhaften) fühlen sich nicht nur leistungsmässig, sondern auch kenntnis-mässig überfordert.

Die Überbelastung des Primarlehrers, die sich abzeichnet, wird durch den Fächerabtausch nicht verhindert.

Die Möglichkeit des Fächerabtausches sollte deshalb nicht in zu engen Grenzen angewendet werden.

5. Antrag

Die von der Expertenkommission ausgearbeiteten Richtlinien für die Aus- und Fortbildung der Lehrer sind zu übernehmen.

(s. Seiten VIII/44–47). Dieser Antrag betrifft die ganze Schweiz.

Unsere Antwort

Einverstanden mit Vorbehalt

a) zur Ausbildung

- Die Forderung einer genügenden Ausbildung wird unterstützt.

- Damit man dem neuorientierten Fremdsprachunterricht gerecht werden kann, müssen die Seminare möglichst rasch ein neues Konzept übernehmen; mindestens so, wie es der Expertenbericht vorschlägt (Konversationsschulung, Methodik, Didaktik usw.).
- Eine Grundausbildung in Fremdsprache, die sich nur auf die Lehrbefähigung für die ersten 6 Schuljahre beschränkt, ist für den Kanton Bern ein Rückschritt.
- Wir stellen mit Genugtuung fest, dass der Bericht hinsichtlich der Grundausbildung nicht zwischen Lehrerinnen und Lehrern unterscheidet.
- zu S. 46 2. 2. 2. Abschnitt: Im Gegensatz zum Wortlaut erachten wir gesamtschweizerische Richtlinien als nötig.
- Die Empfehlung eines Fremdsprachaufenthaltes begrüßen wir, finden aber 4 Wochen zu kurz bemessen.

b) zur Fortbildung

- Die Notwendigkeit zur Fortbildung der amtierenden Lehrer wird grundsätzlich anerkannt.
- Es sind zwei Fortbildungsansprüche zu erfüllen: Nachausbildungskurse und Auffrischkurse.
- Die Lehrerfortbildung muss dringend **vor** der Einführung der Empfehlungen Kurse anbieten!
- Die Belastbarkeit des Lehrers ist nicht unbegrenzt.

6. Antrag

Die von der Expertenkommission formulierten allgemeinen Lernziele sind als Grundlage für den Fremdsprachunterricht innerhalb der obligatorischen Schulzeit zu erklären.

Dieser Antrag betrifft die ganze Schweiz (s. Kapitel VI und Anhang 5).

Unsere Antwort

Einverstanden mit Vorbehalt

Allgemein wird festgehalten, dass die Lernziele zu wenig klar aufgezeichnet sind, daher werden sie mit deutlicher Skepsis aufgenommen. Es wird von der Expertenkommission verlangt, dass ein allgemeines **Rahmenlernziel**, jedoch keine **Feinziele** formuliert werden. Intensive

Zusammenarbeit mit kompetenten Lehrern wird gewünscht. Im übrigen verweisen wir auf unsere Bemerkungen zu Antrag 2 Abschnitt 1.

7. Antrag

Für den Fremdsprachunterricht in der deutschsprachigen Schweiz und im Tessin sind Lehrwerke zu schaffen, die einerseits den von der Expertenkommission aufgestellten allgemeinen Lernzielen, andererseits den regionalen Bedürfnissen und Schulverhältnissen Rechnung tragen (s. Seite VII/42).

Unsere Antwort

Bedingt einverstanden

Grundsätzlich einig ist man sich, dass so bald als möglich neue Lehrmittel geschaffen werden müssen, und dass bei deren Gestaltung das Mitspracherecht der Lehrer berücksichtigt wird. In die Lehrmittelkommission gehören unserer Ansicht nach Lehrer, die in der Praxis stehen. Vom 5. Schuljahr an befürworten wir ein einheitliches Lehrmittel, aber ohne verbindliche Vorschriften zur Methode!

Vorher ist eine Serie anerkannter Handbücher für den Lehrer mit Liedern, Versen und Contines aufzulegen, die der von uns skizzierten Zielsetzung für die Unterstufe entspricht.

Die neuen (den regionalen Schulverhältnissen Rechnung tragenden) Lehrmittel sollen deutlich unterscheiden zwischen Fundamentum und Ergänzungstoffen für innere Differenzierung.

Wir hoffen, dass unsere Ausführungen in die Gesamtstellungnahme der KOSLO eingebaut werden können und dadurch einen brauchbaren Beitrag zum koordinierten Fremdsprachunterricht leisten.

Die Diskussionsbeiträge an den Informationstagungen und die schriftlichen Stellungnahmen haben wesentliche Unterlagen zur vorliegenden Antwort ergeben.

Für das Interesse aller Kolleginnen und Kollegen, die sich in irgend einer Form an dieser Umfrage beteiligt haben, danken wir sehr!

Für den Kantonalvorstand des BLV: *Hans Perren*
Die Sachbearbeiterin für Schulfragen: *Eva Meyer*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngrasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue des Sommètres 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngrasse 16, 3011 Bern, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Bern